



IHK-Energiewende- Barometer 2025

Auswertung für Bayern



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

Inhalt

1. Barometerwert 2025 weiter negativ: Skepsis überwiegt	5
2. Hohe Energiepreise sind und bleiben ein negativer Standortfaktor	6
2.1. Klimaneutralität: Die Mehrheit der Unternehmen ist auf dem Transformationspfad	9
3. Der Standort kämpft	10
4. Transformation mit Hemmnissen	11
5. Handlungsvorschläge zur Verbesserung	12
5.1. Niedrige Strompreise	12
5.2. Eigenversorgung und PPAs: Mehr Markt und mehr Unterstützung	12
5.3. Energienutzung: Weniger Regulierung, mehr Flexibilität	12
5.4. Die Transformation braucht eine verlässliche Infrastruktur	13
5.5. Klimaneutralität geht nur mit Technologieoffenheit	13
5.6. Die Ausbauziele beim Wasserstoff brauchen Realismus	13
5.7. Grüne Leitmärkte: Chancen nutzen, Risiken kennen	14
5.8. Emissionshandel darf die Wirtschaft nicht abwürgen	14
Methodik	15
Impressum	16
Ansprechpartner Bayerischer Industrie- und Handelskammertag (BIHK)	16

Auf einen Blick

Das Gesamtbild

Den Unternehmen fehlt die Perspektive, wie sie möglichst rasch klimaneutral werden und gleichzeitig wettbewerbsfähig bleiben können. Das zeigt das Energiewende-Barometer 2025 der IHK-Organisation. Die Betriebe blicken skeptisch auf die Energiewende, insbesondere die Industrie, wenn auch nicht ganz so negativ wie in den letzten beiden Jahren. Die Investitionen stagnieren, die Bürokratie hemmt, die Energiekosten bleiben hoch. Statt Aufbruch dominiert Abwarten. Derzeit fehlt das Vertrauen für den Weg in die Zukunft mit langfristigen und teuren Umstellungen auf neue Technologien. Viele Investitionen werden im Ausland getätigt. Der Standort Deutschland wird im internationalen Vergleich immer teurer.

Zentrale Ergebnisse

Die Energiewende in Bayern zeigt Erfolge, wie z. B. den Ausbau der Photovoltaik-Anlagen, die Beschleunigung bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren bei der Windkraft und die Nutzung der Wasserkraft, Biomasse und Geothermie. Trotzdem verläuft die Energiewende in wesentlichen Teilen, z. B. bei der Gebäudesanierung, weiterhin schleppend. Die Energiepreise steigen weiter an und sind im internationalen Vergleich nicht wettbewerbsfähig.

Gleichzeitig bremsen Akzeptanzprobleme und Umweltschutzkonflikte (z. B. Zerstörung von Tier-Lebensräumen) den Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie der zugehörigen Infrastruktur aus. Gerade beim dringend benötigten Netzausbau, der Hand in Hand mit dem Ausbau der regenerativen Energien gehen müsste, hakt es gewaltig. Hier könnte sich eine flächendeckende Schieflage im gesamten Stromnetz anbahnen, die nicht nur zur weiteren Zunahme von Netzengpässen und -kosten führen würde, sondern relevante andere Projekte, wie beispielsweise die Erweiterung von Industriebetrieben, oder die Elektrifizierung von Prozessen etc. auf viele Jahre ausbremsen bzw. verhindern könnte.

Um den Herausforderungen der letzten Jahre standzuhalten und auf die ständigen sowie schnellen Veränderungen in Bezug auf Kosten, Versorgungssituation und politische Vorgaben zu reagieren, arbeiten die Unternehmen in Bayern kontinuierlich an neuen Lösungen und flexiblen Strategien. Allerdings weicht das beherzte Anpacken zunehmend einer Ernüchterung.

Die weiterhin sehr hohen Energiepreise werden als wesentlicher Grund für abnehmende Wettbewerbsfähigkeit benannt. Diese wirken sich negativ auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen und damit auf ihre Innovationsfähigkeit aus. Weil die Preise zu hoch sind, werden Investitionen in Klimaschutz, Innovationen und Kernprozesse aufgeschoben. Als weitere Hürden für den betrieblichen Klimaschutz werden übermäßige Bürokratie, unverhältnismäßig lange Planungs- und Genehmigungsprozesse sowie das Fehlen von Planbarkeit, Informationen und Verlässlichkeit genannt.

Aus einer gesamtdeutschen Perspektive betrachtet, ist zu erkennen, dass sich der Abwanderungstrend bei den Industrieunternehmen verfestigt hat. Die Energiesituation bringt immer mehr Unternehmen dazu, darüber nachzudenken, ihre Produktion in Deutschland einzuschränken oder ins Ausland zu verlagern. Bei der diesjährigen Umfrage gibt in Bayern wieder fast jedes fünfte Unternehmen an, solche Pläne zu haben bzw. diese bereits umgesetzt zu haben.

Politisches Handeln ist nun gefragt, um sicherzustellen, dass grüne Energie in Zukunft bezahlbar und verfügbar bleibt und der Standort nicht gefährdet wird, während wir auf ein klimaschonendes Energiesystem hinarbeiten. Es gilt die Voraussetzungen für die Eigenversorgung und Direktbezugsverträge zu optimieren, branchenübergreifend die Stromsteuern und Abgaben zu reduzieren sowie die notwendigen Übertragungs- und Verteilnetze zu erweitern.

Key-Facts

- 32 Prozent der Unternehmen sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit am Standort Bayern durch die Energiewende gefährdet
- 40 Prozent sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch die hohen Energiepreise als gefährdet an
- Fast jeder fünfte Betrieb in Bayern plant oder ist schon dabei, seine Produktion am Standort einzuschränken oder sogar in Länder mit günstigeren Energiepreisen zu verlagern
- 81 Prozent der Unternehmen haben sich zum Ziel gesetzt, bis spätestens 2045 klimaneutral zu sein
- 72 Prozent der Unternehmen planen, eigene erneuerbare Energiekapazitäten aufzubauen, setzen diese gerade um oder haben bereits entsprechende Maßnahmen realisiert
- 69 Prozent der Unternehmen sehen Bürokratie als größtes Hindernis bei ihren Transformationsbemühungen für mehr Klimaschutz
- 81 Prozent der Unternehmen geben an, dass Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit die Leitprinzipien für Energieeffizienzmaßnahmen sein sollten



BANGEN UM WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Unternehmen sehen Energiewende unter den aktuellen Rahmenbedingungen skeptisch und bangen weiterhin um ihre Wettbewerbsfähigkeit.



ZU HOHE ENERGIEPREISE

Energiepreise sind und bleiben ein negativer Standortfaktor, gerade im internationalen Vergleich.



INVESTITIONEN RÜCKLÄUFIG

Investitionen in Kernprozesse und Klimaschutzmaßnahmen werden aufgrund hoher Energiekosten zurückgefahren.



PRODUKTIONS-VERLAGERUNG

Die Abwanderung und Verlagerung ins Ausland bleibt weiterhin auf einem viel zu hohen Niveau. Betriebe planen Einschränkungen im Inland.



HINDERNISSE BEIM KLIMASCHUTZ

Zu viel Bürokratie, fehlende Planbarkeit, Fachkräftemangel und Verlässlichkeit der Politik sind die größten Hindernisse beim betrieblichen Klimaschutz.



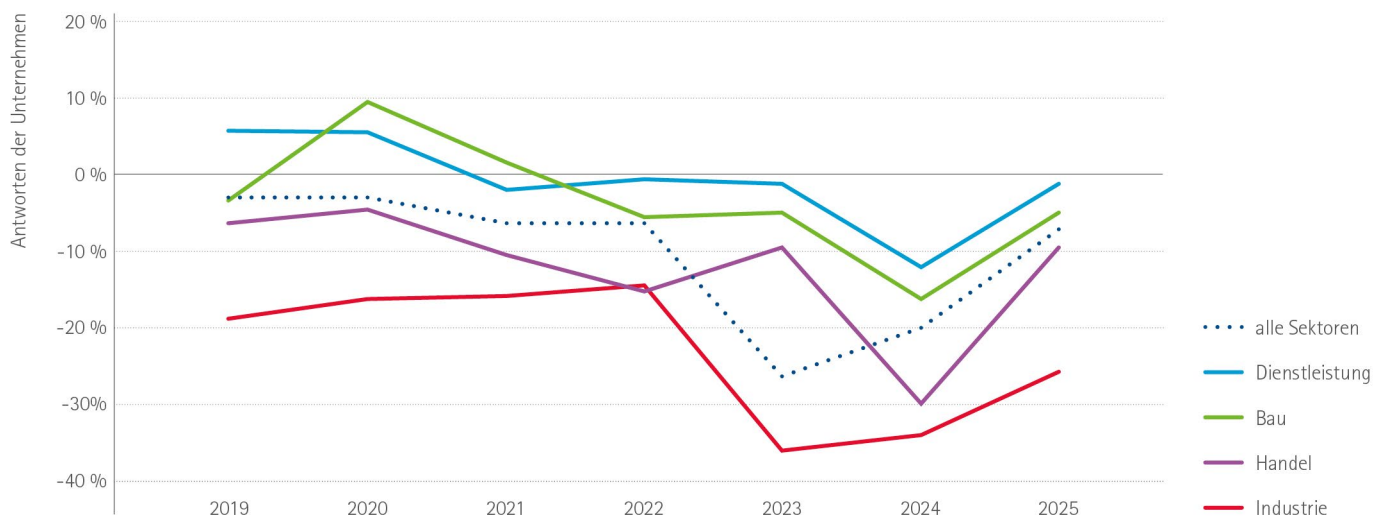
FORDERUNGEN AN POLITIK

Verlässlichkeit, Bürokratieabbau und Planbarkeit sind die zentralen Forderungen. Stromsteuern und Abgaben müssen gesenkt und die Netze ausgebaut werden!

1. Barometerwert 2025 weiter negativ: Skepsis überwiegt

Die generelle Einschätzung zur Energiewende in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit ist dieses Jahr deutschlandweit mit einem Wert von minus acht etwas positiver als im Vorjahr. Die von der Energiepolitik stark betroffenen Industrieunternehmen sind dabei mit minus 26 weiter auf einem sehr negativen Niveau (Abb. 1).

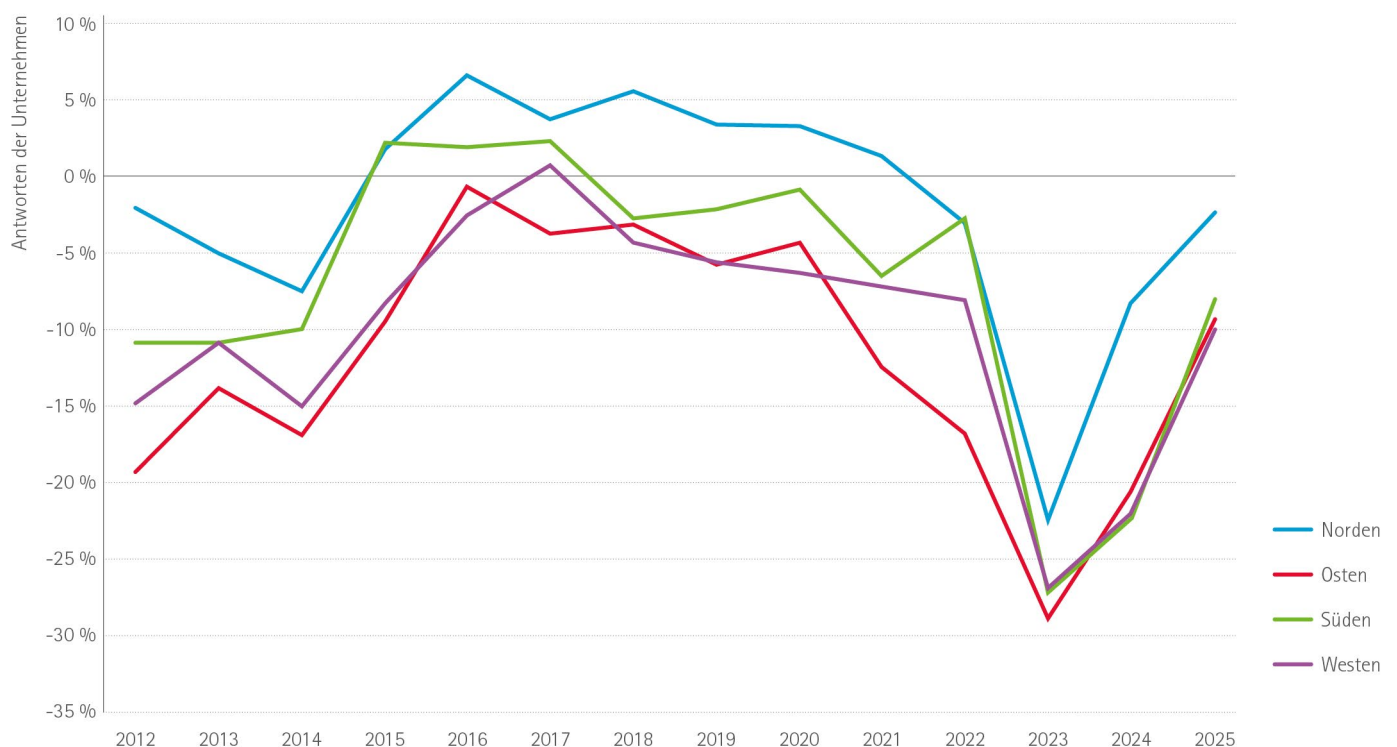
Abb. 1¹: Barometerwert nach Branchen



¹ Alle Abb. sind eigene Darstellungen basierend auf den Daten des IHK-Energiewende-Barometers 2025.

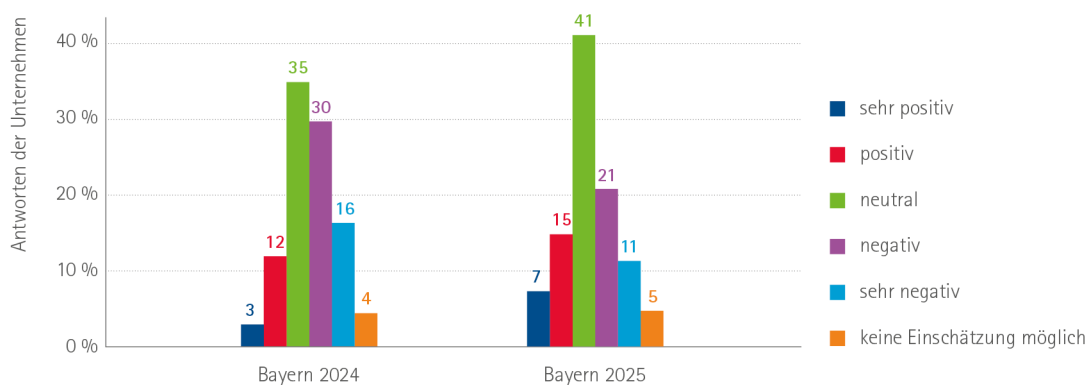
Nach zwei Jahren sehr negativer Einschätzungen hat sich auch in Bayern die Stimmung verbessert und das Pendel geht auf ein etwas moderateres Risiko zurück.

Abb. 2: Energiewendebarometer im deutschlandweiten Regionenvergleich



Der Krieg in der Ukraine und die Energiepreiskrise belasten die Unternehmen nach eigenen Angaben nicht mehr ganz so stark, sind allerdings weiter sehr präsent. Damit wächst auch die Bedeutung der nationalen Politik mit ihren verbleibenden Defiziten.

Abb. 3: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens? – Für 32 Prozent der Betriebe hat die Energiewende negative Auswirkungen



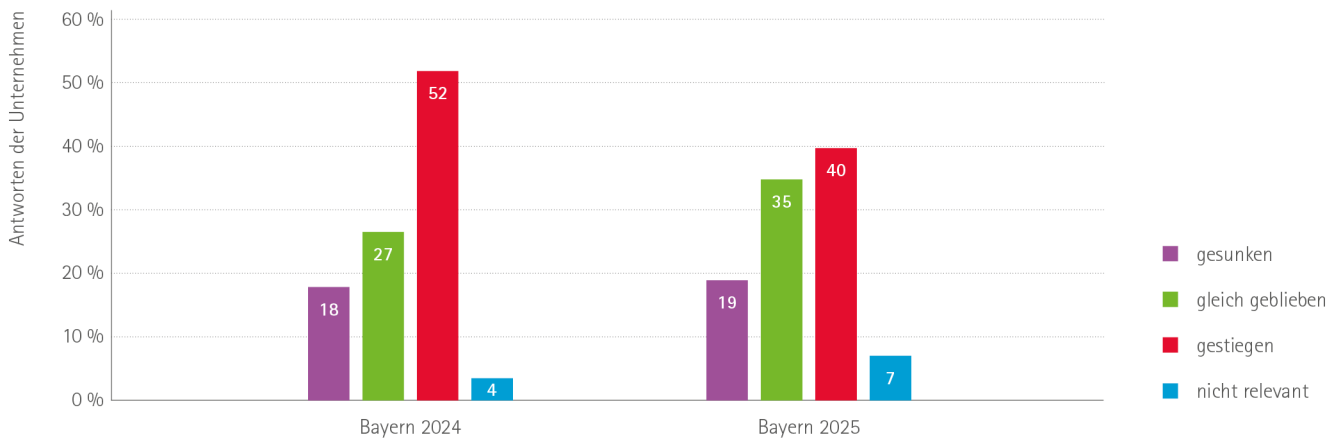
Hinweis: Durch Rundung können die Prozentangaben in der Grafik vom Text abweichen und summieren die Balken nicht immer auf 100 %.

2. Hohe Energiepreise sind und bleiben ein negativer Standortfaktor

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl an Unternehmen in Bayern, die von einer Steigerung der Strom- und Energiepreise betroffen waren, deutlich gesunken. Dennoch war der Einkauf für ca. 40 Prozent der befragten Unternehmen (Vorjahr 52 Prozent) in Bayern 2025 teurer als im Vorjahr. Tatsächlich sind nach Höchstpreisen in der akuten Phase der Energiekrise und einer deutlichen Entspannung Anfang 2024 die Börsenpreise für Strom und Gas zuletzt wieder angestiegen.

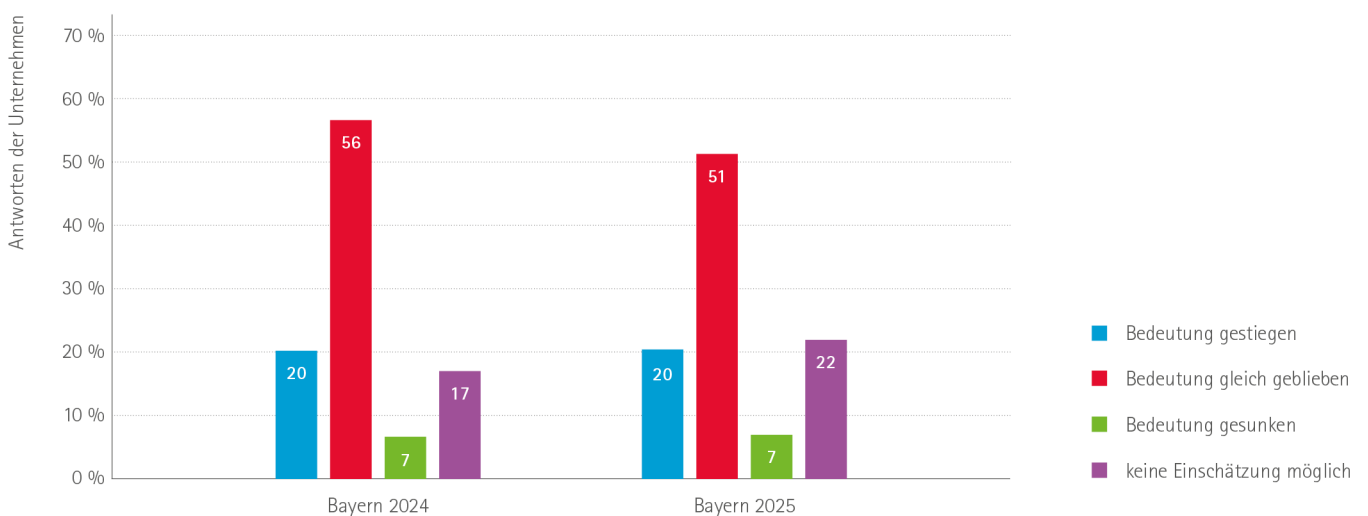
Mit der Diversifizierung der deutschen Gasversorgung über Flüssiggas (LNG) hängen die deutschlandweiten Gas- und Strompreise nun direkt am Weltmarktgeschehen, zeigen damit auch eine deutlich höhere Volatilität als bisher gekannt und liegen im Vergleich zum langjährigen Vorkrisenniveau immer noch signifikant höher. Zudem werden die individuellen Beschaffungskosten durch einen hohen Anteil staatlich induzierter zusätzlicher Preisbestandteile determiniert, insbesondere für Strom. Und auch diese Bestandteile sind im Wesentlichen durch einen Anstieg geprägt, sei es bei den Netznutzungsentgelten – hier gerade auch bei Gas –, den netzbezogenen Umlagen oder bei den CO₂-Preisen im Emissionshandel.

Abb. 4: Wie haben sich Ihre Strompreise in den vergangenen zwölf Monaten entwickelt? – Für ca. 40 Prozent der Unternehmen sind die Strompreise weiter gestiegen



Die Energiefrage stellt nach wie vor eine Belastung für den Wirtschaftsstandort Bayern dar: Die Politik verzichtet freiwillig auf Kernenergie, die Kohleverstromung wird eingestellt, neue Gaskraftwerke müssen erst errichtet werden, und es gibt Unsicherheiten bezüglich der zukünftigen Stromversorgungssicherheit. Bei 71 Prozent der befragten Unternehmen ist die Bedeutung von Störungen der Stromversorgung (durch kurzzeitige Unterbrechungen) nach wie vor hoch oder hat sich sogar leicht erhöht (im Vergleich zum Vorjahr).

Abb. 5: Wie hat sich die Bedeutung der Störungen in der Stromversorgung in den letzten zwölf Monaten für Ihr Geschäft entwickelt? – Störungen in der Stromversorgung

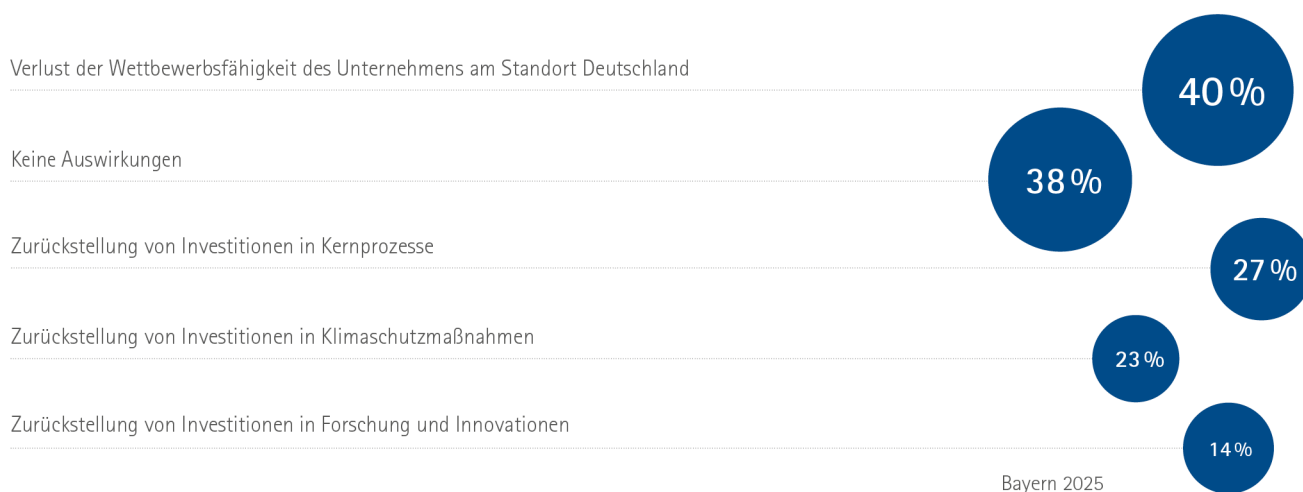


Zu wenig Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit sinkt weiter

Investitionen in Kernprozesse und Klimaschutzmaßnahmen sind, wie im Vorjahr, von hohen Energiepreisen negativ betroffen. Die Wettbewerbsfähigkeit nimmt aus Sicht der Unternehmen weiter ab. Gut 40 Prozent der Unternehmen in Bayern sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr.

Ins Auge fällt, dass im Vergleich zum Vorjahr Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen stärker zurückgestellt werden (im Vorjahr 22 Prozent), Investitionen in Kernprozesse sowie in Forschung und Entwicklung sind etwas weniger betroffen (im Vorjahr 30 Prozent).

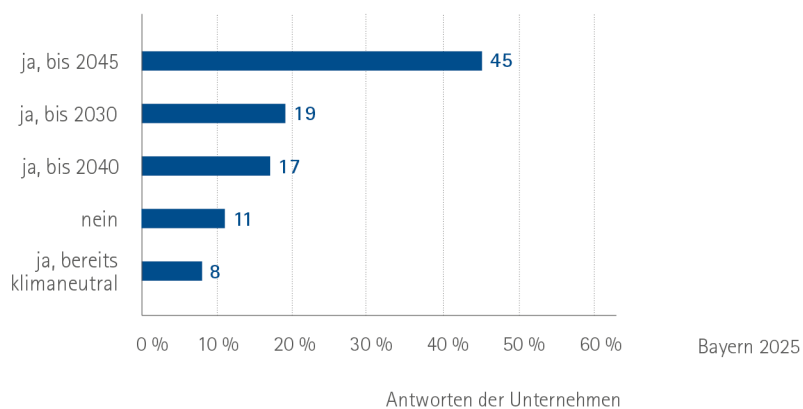
Abb. 6: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der hohen Preise für Energie auf Investitionen?



2.1. Klimaneutralität: Die Mehrheit der Unternehmen ist auf dem Transformationspfad

Obwohl die Zurückstellung von Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen von 23 Prozent der Befragten als Auswirkung der hohen Energiepreise genannt wurde, sind viele Unternehmen auf dem Weg Richtung Klimaneutralität. Bereits 8,1 Prozent der Unternehmen geben an, bereits vollständig klimaneutral zu sein. Die Zielsetzung der Politik für Deutschland bis 2045 insgesamt Klimaneutralität erreicht zu haben, bleibt weiterhin das erklärte Ziel und unsere Unternehmen sind sehr motiviert, ihren Beitrag zu leisten. 81 Prozent der antwortenden Unternehmen aus Bayern haben sich selbst das Ziel gesetzt, bis spätestens 2045 klimaneutral zu wirtschaften. Rund ein Fünftel (19,4 Prozent) der antwortenden Unternehmen will sogar bereits 2030 treibhausgasneutral sein (siehe Abb. 7). Weitere 16,6 Prozent der Unternehmen wollen bis 2040 und rund 45 Prozent bis 2045 klimaneutral wirtschaften.

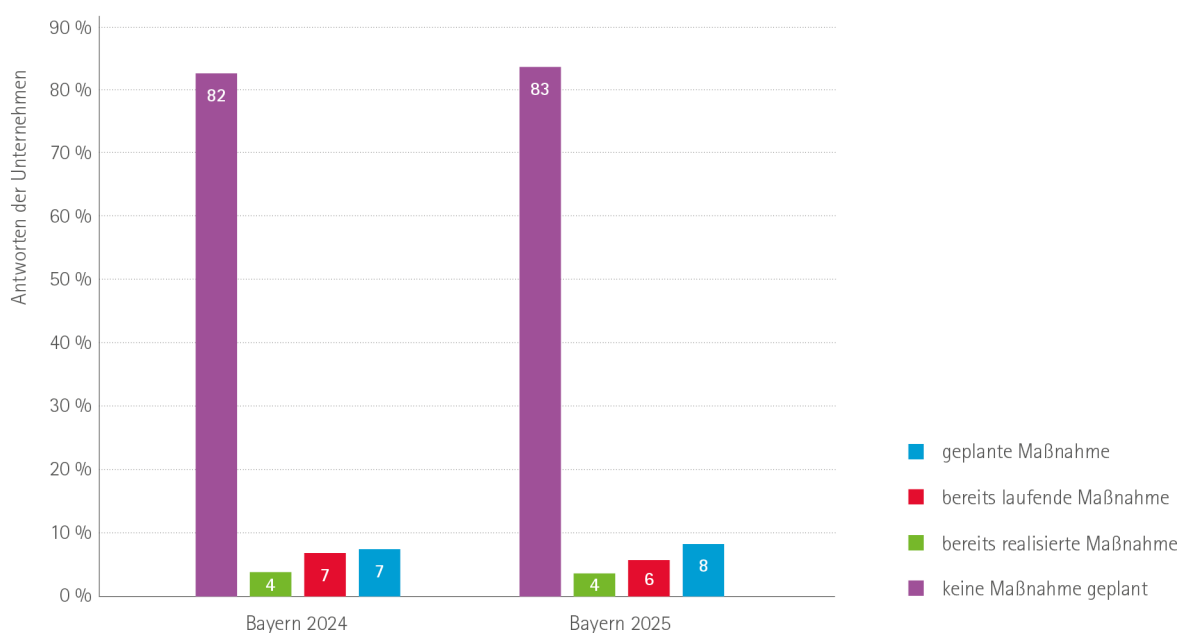
Abb. 7: Hat sich Ihr Unternehmen zum Ziel gesetzt, klimaneutral zu werden?



3. Der Standort kämpft

Die Abwanderung ins Ausland aufgrund der Entwicklungen in der Energie- und Klimapolitik ist weiter bemerkenswert stark ausgeprägt. Sie nimmt zwar über alle Unternehmen gesehen in diesem Jahr leicht ab, trotzdem sagt beinahe jeder fünfte Betrieb in Bayern, dass er plant oder schon dabei ist, seine Produktion am Standort einzuschränken oder in Länder mit günstigeren Energiepreisen zu verlagern. Eine alarmierende Zahl.

Abb. 8: Welche Maßnahmen mit Außenwirkung ergreift Ihr Unternehmen angesichts der Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik? Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland / Einschränkung der Kapazität im Inland



Die Pläne zur Produktionseinschränkung und -verlagerung und die tatsächlichen Verlagerungen zeigen, dass die energiepolitischen Standortbedingungen für alle Unternehmen in Bayern inzwischen ein klarer Wettbewerbsnachteil im internationalen Vergleich sind. Unternehmen sind zunehmend unter Druck, um internationale Märkte überhaupt noch bedienen zu können. Das gefährdet nicht nur die lokale Wertschöpfung, sondern fördert eine schleichende Kompetenzabwanderung.

4. Transformation mit Hemmnissen

Bei den Transformationshemmnissen zeigt sich ein sehr klares Bild: Bürokratie steht als Problem wie schon im Vorjahr an erster Stelle. Sie wird von vielen Unternehmen als größtes Hindernis für Investitionen und die Umsetzung von Energieprojekten benannt. Die explizit genannten Defizite reichen von zu komplexen Genehmigungsverfahren über das Marktstammdatenregister bis hin zu aufwendigen Förderanträgen und neuen Berichtspflichten. Die Forderungen der Unternehmen sind eindeutig: Sie wünschen sich einfachere Prozesse, eine umfassende Digitalisierung der Behörden sowie mehr Praxisnähe anstelle kleinteiliger Regulierung bei der Energiewende.

Auch an zweiter Stelle hat sich zum Vorjahr nichts verändert. Hier werden wieder unzureichende Information und fehlende Planbarkeit genannt. Die Vielzahl neuer Vorschriften sowie das Tempo und die Kurzfristigkeit der Gesetzgebung sorgen bei vielen Unternehmen für Unsicherheit. Insbesondere die politische Unbeständigkeit wird kritisch gesehen: Häufig wechselnde Fördersysteme und plötzliche Regulierungsänderungen behindern verlässliche Investitionsentscheidungen. Es fehlt an einer langfristig ausgerichteten, parteiübergreifenden Energiepolitik mit Planungssicherheit über Legislaturperioden hinaus. Beispiele:

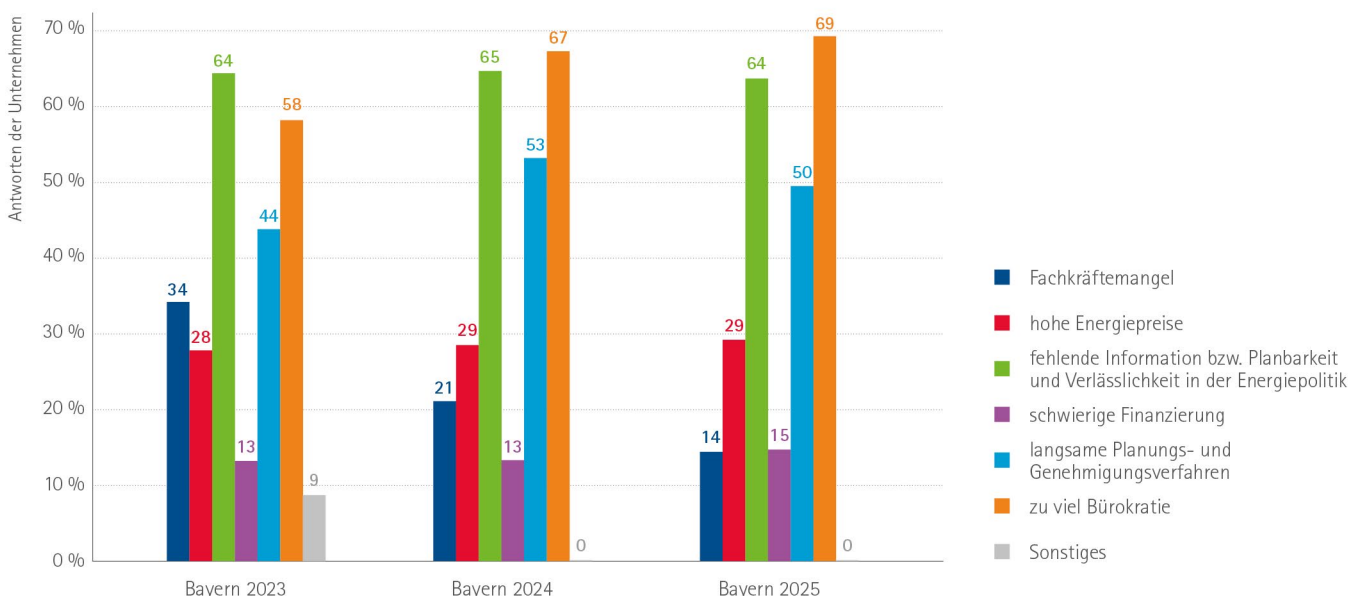
„Wir wünschen uns vom Gesetzgeber die langfristige Planbarkeit notwendiger Maßnahmen auf dem Weg zur Treibhausgasreduktion und Klimaneutralität – über mindestens zehn Jahre hinaus.“ (Süden, Industrie)

„Die Politik muss ganz dringend klare Aussagen treffen, damit die Unternehmen Sicherheit haben, wohin die Entwicklung geht. Planungssicherheit steht – neben Energiepolitik und Bürokratieabbau – ganz oben. An den letzten Punkt glaube ich leider nicht.“ (Süden, Handel)

Die immer noch zu langsamen Planungs- und Genehmigungsverfahren machen die diesjährigen „Top 3“ komplett. Hier erfahren die Unternehmen sehr konkrete Hemmnisse bei ihren Bemühungen um Transformation.

Die drei Faktoren „hohe Energiepreise“, „Fachkräftemangel“ und „schwierige Finanzierung“ werden etwas weniger als Hemmnis angesehen. Hierbei ist zu erwähnen, dass die Einschätzung hoher Energiepreise als Transformationshemmnis stark von der Betroffenheit abhängt. Für energieintensive Industrieunternehmen haben hohe Energiepreise bei diesem Punkt deutlich mehr Gewicht als z. B. langsame Genehmigungsverfahren.

Abb. 9: Was sind die drei größten Hindernisse bei Ihren Transformationsbemühungen für mehr Klimaschutz?



Hinweis: Durch Rundung können die Prozentangaben in der Grafik vom Text abweichen und summieren die Balken nicht immer auf 100 %.

5. Handlungsvorschläge zur Verbesserung

Die Probleme sind teilweise schon länger bekannt und halten weiter an: Die Energiekosten sind seit langem viel zu hoch, zu viel hemmende Bürokratie, zu wenig Verlässlichkeit in der Politik führt zu Unsicherheiten etc. Mit einer langen Liste von Folgeproblemen ließe sich die Aufzählung fortsetzen: abnehmende Wettbewerbsfähigkeit, zunehmende Abwanderung und Verlagerung ins Ausland, ausbleibende Innovationen. An nachfolgenden Punkten sollte angesetzt werden, um für Erleichterungen und für einen Aufschwung zu sorgen.

5.1. Niedrige Strompreise

Steuern und Abgaben auf den Strompreis sollten weiter gesenkt werden.

Knapp 81 Prozent der Unternehmen stehen hinter dieser Forderung. Die Zustimmung hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum geändert und bleibt weiterhin einer der Kernpunkte, obwohl die Befragung vor der Ankündigung der Bundesregierung stattfand, die Stromsteuer nicht für alle Verbraucher auf das europäische Mindestmaß zu senken. Günstiger Strom ist für alle Unternehmen notwendig. Hohe Stromkosten sind ein Transformationshemmnis und ein Standortdefizit.

5.2. Eigenversorgung und PPAs: Mehr Markt und mehr Unterstützung

Die Rahmenbedingungen für Eigenversorgung und Direktlieferverträge (PPAs) sollten verbessert werden.

Über 84 Prozent der Unternehmen in Bayern haben hier eine klare Meinung und fordern dies. Der Staat sollte mit schnellen Genehmigungen und niedrigen Abgaben unterstützen, dass Unternehmen sich aktiv an der Transformation beteiligen. Direktstromlieferverträge sind hierfür ein zentraler Baustein. Viele Unternehmen aus Gewerbe und Industrie engagieren sich bereits. Die Bundesregierung sollte das unterstützen durch Verzicht auf Netzentgelte bei der Eigenversorgung, Vorrang bei den Stromanschlüssen und Investitions- statt Betriebskostenförderung.

5.3. Energienutzung: Weniger Regulierung, mehr Flexibilität

Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit sollten die Leitprinzipien für Energieeffizienz sein.

Nach wie vor halten etwa 8 von 10 bayerischen Unternehmen (80,8 Prozent) die Prinzipien Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit für essenziell in der Energieeffizienzpolitik. Statt Regulierung und Bürokratie auf allen Gebieten der Energiewende werden Vertrauen in die Wirtschaft, Technologieoffenheit und marktliche Lösungen gebraucht. Konkret sollte das Energieeffizienzgesetz und das Gebäudeenergiegesetz entschlackt und von planwirtschaftlichen Ansätzen befreit werden. Denn auffällig ist, dass die Zustimmung zu den Prinzipien der Freiwilligkeit seit der Diskussion und den Beschlüssen zu Heizungs- und Energieeffizienzgesetz im Jahr 2023 sprunghaft gestiegen ist. Ein Unternehmen aus dem Handel dazu:

„Mehr tun, weniger berichten sollte die Maxime werden. Im Übrigen sollte man uns nicht sagen, wie wir ganz genau alles tun sollen, sondern einfach nur ein Ziel vorgeben und den Weg dorthin offenlassen.“ (Handel, Süden)

5.4. Die Transformation braucht eine verlässliche Infrastruktur

Engpässe bei Übertragungs- und Verteilnetzen sind ein zunehmendes Problem, das durch die höhere Priorisierung einer stabilen Energieversorgung gelöst werden muss.

76 Prozent der Unternehmen sehen dies als eine wichtige Forderung an. Fast ebenso viele Unternehmen sehen Störungen in der Stromversorgung als bedeutend oder steigend in der Bedeutung an. Sowohl der Anteil an Unternehmen mit Stromausfällen von weniger als drei Minuten als auch von mehr als drei Minuten, ist in den Jahren 2022 bis 2024 deutlich gestiegen und dieses Jahr auf hohem Niveau geblieben. Die Versorgungssicherheit wird entsprechend von den Unternehmen als noch stabil, aber zunehmend beeinträchtigt wahrgenommen.

Verbesserungen liegen in ausreichenden und bezahlbaren Stromnetzen, aber auch in einer intelligenten, digitalen Steuerung der Energiemärkte und bei den Verbrauchern.

5.5. Klimaneutralität geht nur mit Technologieoffenheit

CO₂-Abscheidung, -Transport und -Nutzung bzw. -Speicherung müssen möglich gemacht werden.

Etwa genau die Hälfte steht hinter dieser Forderung. Besonders in den energieintensiven Branchen wie beispielweise Glas, Chemie oder Stahl, aber auch in der Bauindustrie ist die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (Carbon Capture and Storage, CCS) oder -Nutzung (Carbon Capture and Utilization, CCU) notwendig, weil CO₂-Emissionen nicht vermieden werden können. Eine technologieoffene Energiepolitik muss CO₂-Technologien aber auch in der Breite zulassen. Denn es ist ein Weg zur Klimaneutralität.

Ein geeigneter gesetzlicher Rahmen sowie die Infrastruktur für eine Nutzung der CC(U)S-Technologie in industriellem Ausmaß fehlen bisher. Auch die mit der Technologie einhergehenden Kosten stellen ein Hindernis für einen breiten Einsatz der Technologie dar. Dies sorgt weiterhin für mangelnde Planungssicherheit in den Betrieben.

5.6. Die Ausbauziele beim Wasserstoff brauchen Realismus

Der Zugang zu Wasserstoff als Energieträger sollte für Unternehmen aller Branchen und in allen Regionen planungssicher hergestellt werden.

Die Zustimmung zu einem Zugang zu Wasserstoff für alle und überall nimmt im Zeitverlauf deutlich ab. In diesem Jahr stimmen nur gut 37 Prozent dieser Forderung zu – ohne Unterschied zwischen den Branchen, der Energieintensität und der Unternehmensgröße. Hohe Relevanz trifft hier auf hohe Unsicherheit. Wasserstoff bleibt zum einen auch 2025 neben der Elektrifizierung und CC(U)S ein zentraler Baustein der (industriellen) Transformation. Für viele Unternehmen ist der Zugang zu kohlenstoffarmem und grünem Wasserstoff essenziell, um die Klimaneutralität erreichen zu können. Zum anderen zeigt sich: Die Unsicherheiten nehmen spürbar zu. Noch immer fehlt es an Klarheit über den zeitlichen und regionalen Ausbau der Infrastruktur. Auch die hohen Kosten und die ungewisse Wettbewerbsfähigkeit von Wasserstoff sowie offene Fragen rund um Zertifizierung und Abnahmeverträge lassen Unternehmen zögern. Diese Unsicherheit spiegelt sich in den aktuellen Befragungsergebnissen wider.

5.7. Grüne Leitmärkte: Chancen nutzen, Risiken kennen

Grüne Leitmärkte sollten eingeführt werden, um klimafreundliche Technologie marktfähig zu machen, auch wenn dafür zusätzliche Vergabekriterien, Nutzungs- oder Beimischungsquoten notwendig werden.

Diese Forderung ist neu in der Umfrage und wird deutschlandweit ganz unterschiedlich bewertet. Bayern liegt hier mit gut 33 Prozent Zustimmung gegenüber 28 Prozent Ablehnung deutlich höher als in anderen Bundesländern. Die unterschiedliche Sichtweise läuft quer durch alle Unternehmen. Die Ablehnung wird unter anderem mit der Überforderung der finanziellen Spielräume begründet, wie nachfolgendes Zitat zeigt:

„Wasserstoffeinsatz, CO₂-Abscheidung und grüne Leitmärkte erfordern nicht nur zur Einführung, sondern wegen internationaler Wettbewerbsfähigkeit sogar dauerhafte Subventionen, die die finanziellen Spielräume von Bund und Ländern oder die Steuerzahler überfordern.“ (Süden, Industrie)

Die Politik sollte Leitmärkte als marktwirtschaftliches Instrument also mit möglichst wenig Regulierung und wenig vergabefremden Kriterien einführen. Die Komplexität muss handhabbar bleiben, gerade für kleinere Unternehmen. Leitmärkte sollten überwiegend marktwirtschaftlichen Prinzipien folgen.

5.8. Emissionshandel darf die Wirtschaft nicht abwürgen

Der Emissionshandel sollte weiter ausgebaut werden, auch wenn dadurch die CO₂-Preise im nationalen und europäischen Emissionshandel steigen.

Dieser Aussage stimmen deutlich mehr (über 31 Prozent) als noch im Vorjahr (26 Prozent) der Unternehmen in Bayern zu. Dennoch überwiegt weiterhin die Zahl der Ablehnungen (mit rund 43 Prozent). Der Emissionshandel führt zu steigenden CO₂-Preisen und ist eine Sonderlast in der EU. Gleichzeitig erfordert die Reduktion von Klimagasen in den Betrieben hohe Investitionskosten. Zudem gibt es kaum eine Zahlungsbereitschaft für klimafreundliche Produkte. Das Risiko der Standortverlagerung (Carbon Leakage) ist daher hoch.

Ein Bauunternehmer aus Süddeutschland beschreibt die Herausforderung so:

„Wir müssen zeigen, dass wir mit einer CO₂-reduzierten Produktion auch wirtschaftlich stark sein können und nicht durch einen deutschen/europäischen Alleingang durch zu hohe Klimavorgaben unsere Wirtschaft abwürgen!“

Methodik

Im jährlichen „Energiewende-Barometer der IHK-Organisation“ sind die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung zusammengefasst, an der sich in den IHK-Gremien ehrenamtlich engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer sowie weitere Mitgliedsunternehmen der IHK-Organisation beteiligt haben. Ziel des Energiewende-Barometers ist es, eine umfassende Bewertung der Unternehmen bzgl. der Fortschritte der Energiewende und der aktuellen Klima- und Energiewendepolitik zu erhalten.

Grundlage der vorliegenden Auswertung sind deutschlandweit 3.600 eingegangene Antworten, davon 679 aus Bayern. Die bayerischen Antworten verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (35,2 Prozent), Bau (9,6 Prozent), Handel (17,4 Prozent) und Dienstleistungen (37,8 Prozent).

Die IHKs gestalten ihre Befragung so, dass die gewerbliche Wirtschaft vor Ort repräsentativ abgebildet wird (branchen-, regionen- sowie unternehmensgrößenbezogene Unternehmensansprache, z. B. über Vollversammlungsmitglieder). Die Aggregation auf Bundesebene erfolgt über eine regionale und branchenbezogene Gewichtung, die auf Beschäftigtenzahlen basiert. Alle Daten der Auswertungen sind gewichtete Zahlen. Die Befragung fand vom 10. bis zum 30. Juni 2025 statt.



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

Impressum

Verleger und Herausgeber:

Bayerischer Industrie- und Handelskammertag (BIHK) e. V.

Vorstand: Prof. Klaus Josef Lutz und Dr. Manfred Gößl

Max-Joseph-Straße 2, 80333 München

☎ +49 (0)89 5116-0

@ info@bihk.de

🌐 bihk.de

Fachliche Ansprechpartner:

Dr. Norbert Ammann ☎ 089 5116-1392 @ norbert.ammann@muenchen.ihk.de

Felix Riedel ☎ 089 5116-1548 @ felix.riedel@muenchen.ihk.de

Projektverantwortung und Bearbeitung:

Felix Riedel, IHK für München und Oberbayern

Gestaltung:

Ideenmühle GmbH, Eckental

Bildnachweis:

Titel: Composing Ideenmühle aus AdobeStock © flyalone & © maeching

Stand: September 2025

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise –
ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Ansprechpartner Bayerischer Industrie- und Handelskammertag (BIHK)

IHK Aschaffenburg

IHK für Oberfranken Bayreuth

IHK zu Coburg

IHK für München und Oberbayern

IHK Nürnberg für Mittelfranken

IHK für Niederbayern in Passau

IHK Regensburg für Oberpfalz/Kelheim

IHK Schwaben

IHK Würzburg-Schweinfurt

Andreas Elsner

Christian Kipfelsberger

Rico Seyd

Felix Riedel

Dr. Marcus Seitz

Erich Doblinger

Richard Röck

Robert Gonda

Oliver Freitag

☎ 06021 880-132

☎ 0921 886-114

☎ 09561 7426-46

☎ 089 5116-1548

☎ 0911 1335-1298

☎ 0851 507-234

☎ 0941 5694-245

☎ 0821 3162-266

☎ 0931 4194-327

@ elsner@aschaffenburg.ihk.de

@ kipfelsberger@bayreuth.ihk.de

@ rico.seyd@coburg.ihk.de

@ felix.riedel@muenchen.ihk.de

@ marcus.seitz@nuernberg.ihk.de

@ erich.doblinger@passau.ihk.de

@ roeck@regensburg.ihk.de

@ robert.gonda@schwaben.ihk.de

@ oliver.freitag@wuerzburg.ihk.de